

Moritz Zeiler: Staatsfragen – Einführung in materialistische Staatskritik

Tagesseminar am 08.12.2018 in Potsdam

- 1.) Eugen Paschukanis: *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus*
- 2.) Johannes Agnoli: *Die Transformation der Demokratie*
- 3.) John Holloway: *Die Welt verändern, ohne die Macht zu ergreifen*
- 4.) Ernst Fraenkel: *Der Doppelstaat*

1.) Eugen Paschukanis: Allgemeine Rechtslehre und Marxismus Besondere Form der Klassenherrschaft im Kapitalismus

„ ... warum bleibt die Klassenherrschaft nicht das, was sie ist, das heißt die faktische Unterwerfung eines Teils der Bevölkerung unter die andere? Warum nimmt sie die Form einer offiziellen staatlichen Herrschaft an, oder – was dasselbe ist – warum wird der Apparat des staatlichen Zwangs nicht als privater Apparat der herrschenden Klasse geschaffen, warum spaltet er sich von der letzteren ab und nimmt die Form eines unpersönlichen, von der Gesellschaft losgelösten Apparats der öffentlichen Macht an?“

Eugen Paschukanis: *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus*. Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe, Freiburg 2003, S. 139.

Verhältnis Warenform und Rechtsform

„Ähnlich wie der Reichtum der kapitalistischen Gesellschaft die Form einer ungeheuren Anhäufung von Waren annimmt, stellt sich die ganze Gesellschaft als eine unendliche Kette von Rechtsverhältnissen dar.“

Eugen Paschukanis: *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus*. Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe, Freiburg 2003, S. 84.

Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 1, MEW 23 Zweites Kapitel. Der Austauschprozeß, S. 99-100

„Die Waren können nicht selbst zu Markte gehn und sich nicht selbst austauschen. Wir müssen uns also nach ihren Hütern umsehn, den Warenbesitzern. Die Waren sind Dinge und daher widerstandslos gegen den Menschen. Wenn sie nicht willig, kann er Gewalt brauchen, in andren Worten, sie nehmen. Um diese Dinge als Waren aufeinander zu beziehen, müssen die Warenhüter sich zueinander als Personen verhalten, deren Willen in jenen Dingen haust, so daß der eine nur mit dem Willen des andren, also jeder nur vermitteltst eines, beiden gemeinsamen Willensakts sich die fremde Ware aneignet, indem er die eigne veräußert. Sie müssen sich daher wechselseitig als Privateigentümer anerkennen. Dies Rechtsverhältnis, dessen Form der Vertrag ist, ob nun legal entwickelt oder nicht, ist ein Willensverhältnis, worin sich das ökonomische Verhältnis widerspiegelt. Der Inhalt dieses Rechts- oder Willensverhältnisses ist durch das ökonomische Verhältnis selbst gegeben. Die Personen existieren hier nur füreinander als Repräsentanten von Ware und daher als Warenbesitzer. Wir werden überhaupt im Fortgang der Entwicklung finden, daß die ökonomischen Charaktermasken der Personen nur die Personifikationen der ökonomischen Verhältnisse sind, als deren Träger sie sich gegenüberreten.“

„Im Verkehr der Warenbesitzer ist die Notwendigkeit eines autoritativen Zwangs überall gegeben, wo der Friede verletzt oder wo ein Vertrag nicht freiwillig erfüllt wird.“

Eugen Paschukanis: *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus*. Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe, Freiburg 2003, S. 143-144

Klassencharakter von Staat und Recht

„Die juristische Form des Eigentums steht in keinerlei Widerspruch zu der Tatsache der Enteignung einer großen Anzahl von Staatsbürgern, denn die Eigenschaft, Rechtssubjekt zu sein, ist eine rein formelle Eigenschaft. Sie qualifiziert alle Leute als gleichmäßig „eigentumswürdig“, macht sie aber keineswegs zu Eigentümern.“

Eugen Paschukanis: *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus*. Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe, Freiburg 2003, S. 127.

„Nur das vollkommene Verschwinden der Klassen wird die Schaffung eines strafpolitischen Systems ermöglichen, dem jedes antagonistische Element fehlt. Es ist allerdings die Frage, ob unter solchen Umständen ein Strafsystem überhaupt noch überhaupt notwendig sein wird.“
 Eugen Paschukanis: Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe, Freiburg 2003, S. 176.

Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 1

Achtes Kapitel. Der Arbeitstag: 1. Die Grenzen des Arbeitstags, S. 245-249

“Wir gingen von der Voraussetzung aus, daß die Arbeitskraft zu ihrem Wert gekauft und verkauft wird. Ihr Wert, wie der jeder andren Ware, wird bestimmt durch die zu ihrer Produktion nötige Arbeitszeit. Erheischt also die Produktion der durchschnittlichen täglichen Lebensmittel des Arbeiters 6 Stunden, so muß er im Durchschnitt 6 Stunden per Tag arbeiten, um seine Arbeitskraft täglich zu reproduzieren. Der notwendige Teil seines Arbeitstags beträgt dann 6 Stunden und ist daher, unter sonst gleichbleibenden Umständen, eine gegebne Größe. Aber damit ist die Größe des Arbeitstags selbst noch nicht gegeben.

Nehmen wir an, die Linie a _____ b stelle die Dauer oder Länge der notwendigen Arbeitszeit vor, sage 6 Stunden. Je nachdem die Arbeit über ab um 1,3 oder 6 Stunden usw. verlängert wird, erhalten wir die 3 verschiedenen Linien:

Arbeitstag I: a _____ b _ c
 Arbeitstag II: a _____ b _____ c
 Arbeitstag III: a _____ b _____ c,

die drei verschiedene Arbeitstage von 7, 9 und 12 Stunden vorstellen. Die Verlängerungslinie bc stellt die Länge der Mehrarbeit vor. Da der Arbeitstag = ab + bc oder ac ist, variiert er mit der variablen Größe bc. Da ab gegeben ist, kann das Verhältnis von bc zu ac stets gemessen werden. Es beträgt in Arbeitstag I 1/6, in Arbeitstag II 3/6 und in Arbeitstag III 6/6 von ab. Da ferner die Proportion Mehrarbeitszeit/Notwendige Arbeitszeit die Rate des Mehrwerts bestimmt, ist letztre gegeben durch jenes Verhältnis. Sie beträgt in den drei verschiedenen Arbeitstagen respektive 16 2/3, 50 und 100%. Umgekehrt würde die Rate des Mehrwerts allein uns nicht die Größe des Arbeitstags geben. Wäre sie z.B. gleich 100%, so könnte der Arbeitstag 8-, 10-, 12stündig usw. sein. Sie würde anzeigen, daß die zwei Bestandteile des Arbeitstags, notwendige Arbeit und Mehrarbeit, gleich groß sind, aber nicht, wie groß jeder dieser Teile.

Der Arbeitstag ist also keine konstante, sondern eine variable Größe. Einer seiner Teile ist zwar bestimmt durch die zur beständigen Reproduktion des Arbeiters selbst erheischte Arbeitszeit, aber seine Gesamtgröße wechselt mit der Länge oder Dauer der Mehrarbeit. Der Arbeitstag ist daher bestimmbar, aber an und für sich unbestimmt.

Obgleich nun der Arbeitstag keine feste, sondern eine fließende Größe ist, kann er andererseits nur innerhalb gewisser Schranken variieren. Seine Minimalschranke ist jedoch unbestimmbar. Allerdings, setzen wir die Verlängerungslinie bc, oder die Mehrarbeit, = 0, so erhalten wir eine Minimalschranke, nämlich den Teil des Tags, den der Arbeiter notwendig zu seiner Selbsterhaltung arbeiten muss. Auf Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise kann die notwendige Arbeit aber immer nur einen Teil seines Arbeitstages bilden, der Arbeitstag sich also nie auf dies Minimum verkürzen. Dagegen besitzt der Arbeitstag eine Maximalschranke. Er ist über eine gewisse Grenze hinaus nicht verlängerbar. Diese Maximalschranke ist doppelt bestimmt. Einmal durch die physische Schranke der Arbeitskraft. Ein Mensch kann während des natürlichen Tages von 24 Stunden nur eine bestimmtes Quantum Lebenskraft verausgaben. So kann ein Pferd tagein, tagaus nur 8 Stunden arbeiten. Während eines Teils des Tags muß die Kraft ruhen, schlafen, während eines andren Teils hat der Mensch andre physische Bedürfnisse zu befriedigen, sich zu nähren, reinigen, kleiden usw. Außer dieser rein physischen Schranke stößt die Verlängerung des Arbeitstags auf moralische Schranken. Der Arbeiter braucht Zeit zur Befriedigung geistiger und sozialer Bedürfnisse, deren Umfang und Zahl durch den allgemeinen Kulturzustand bestimmt sind. Die Variation des Arbeitstags bewegt sich daher innerhalb physischer und sozialer Schranken. Beide Schranken sind aber sehr elastischer Natur und erlauben den größten Spielraum. So finden wir Arbeitstage von 8, 10, 12, 14, 16, 18 Stunden, also von der verschiedensten Länge.

Der Kapitalist hat die Arbeitskraft zu ihrem Tageswert gekauft. Ihm gehört ihr Gebrauchswert während eines Arbeitstags. Er hat also das Recht erlangt, den Arbeiter während eines Tags für sich arbeiten zu lassen. Aber was ist ein Arbeitstag? Jedenfalls weniger als ein natürlicher Lebenstag.

Um wieviel? Der Kapitalist hat seine eigne Ansicht über dies ultima Thule, die notwendige Schranke des Arbeitstags. Als Kapitalist ist er nur personifiziertes Kapital. Seine Seele ist Kapitalseele. Das Kapital hat aber einen einzigen Lebenstrieb, den Trieb, sich zu verwerten, Mehrwert zu schaffen, mit seinem konstanten Teil, den Produktionsmitteln, die größtmögliche Masse Mehrarbeit einzusaugen. Das Kapital ist verstorbne Arbeit, die sich nur vampyrmäßig belebt durch Einsaugung lebendiger Arbeit und um so mehr lebt, je mehr sie davon einsaugt. Die Zeit, während deren der Arbeiter arbeitet, ist die Zeit, während deren der Kapitalist die von ihm gekaufte Arbeitskraft konsumiert. Konsumiert der Arbeiter seine disponible Zeit für sich selbst, so bestiehlt er den Kapitalisten.

Der Kapitalist beruft sich also auf das Gesetz des Warentausches. Er, wie jeder andre Käufer, sucht den größtmöglichen Nutzen aus dem Gebrauchswert seiner Ware herauszuschlagen. Plötzlich aber erhebt sich die Stimme des Arbeiters, die im Sturm und Drang des Produktionsprozesses verstummt war:

Die Ware, die ich dir verkauft habe, unterscheidet sich von dem andren Warenpöbel dadurch, daß ihr Gebrauch Wert schafft und größren Wert, als sie selbst kostet. Dies war der Grund, warum du sie kauftest. Was auf deiner Seite als Verwertung von Kapital erscheint, ist auf meiner Seite überschüssige Verausgabung von Arbeitskraft. Du und ich kennen auf dem Marktplatz nur ein Gesetz das des Warentausches. Und der Konsum der Ware gehört nicht dem Verkäufer, der sie veräußert, sondern dem Käufer, der sie erwirbt. Dir gehört daher der Gebrauch meiner täglichen Arbeitskraft. Aber vermittelst ihres täglichen Verkaufspreises muß ich sie täglich reproduzieren und daher von neuem verkaufen können. Abgesehn von dem natürlichen Verschleiß durch Alter usw., muß ich fähig sein, morgen mit demselben Normalzustand von Kraft, Gesundheit und Frische zu arbeiten, wie heute. Du predigst mir beständig das Evangelium der "Sparsamkeit" und "Enthaltung". Nun gut! Ich will wie ein vernünftiger, sparsamer Wirt mein einziges Vermögen, die Arbeitskraft, haushalten und mich jeder tollen Verschwendung derselben enthalten. Ich will täglich nur soviel von ihr flüssig machen, in Bewegung, in Arbeit umsetzen, als sich mit ihrer Normaldauer und gesunden Entwicklung verträgt. Durch maßlose Verlängerung des Arbeitstags kannst du in einem Tage ein größres Quantum meiner Arbeitskraft flüssig machen, als ich in drei Tagen ersetzen kann. Was du so an Arbeit gewinnst, verliere ich an Arbeitssubstanz. Die Benutzung meiner Arbeitskraft und die Beraubung derselben sind ganz verschiedene Dinge. Wenn die Durchschnittsperiode, die ein Durchschnittsarbeiter bei vernünftigem Arbeitsmaß leben kann, 30 Jahre beträgt, ist der Wert meiner Arbeitskraft, den du mir einen Tag in den andren zahlst, $1/365 \times 30$ oder $1/10950$ ihres Gesamtwerts. Konsumierst du sie aber in 10 Jahren, so zahlst du mir täglich $1/10950$ statt $1/3650$ ihres Gesamtwerts, also nur $1/3$ ihres Tageswerts, und stiehlt mir daher täglich $2/3$ des Werts meiner Ware. Du zahlst mir eintägige Arbeitskraft, wo du dreitägige verbrauchst. Das ist wider unsren Vertrag und das Gesetz des Warentausches. Ich verlange also einen Arbeitstag von normaler Länge, und ich verlange ihn ohne Appell an dein Herz, denn in Geldsachen hört die Gemütlichkeit auf. Du magst ein Musterbürger sein, vielleicht Mitglied des Vereins zur Abschaffung der Tierquälerei und obendrein im Geruch der Heiligkeit stehn, aber dem Ding, das du mir gegenüber repräsentierst, schlägt kein Herz in seiner Brust. Was darin zu pochen scheint, ist mein eigener Herzschlag. Ich verlange den Normalarbeitstag, weil ich den Wert meiner Ware verlange, wie jeder andre Verkäufer.

Man sieht: Von ganz elastischen Schranken abgesehn, ergibt sich aus der Natur des Warentausches selbst keine Grenze des Arbeitstags, also keine Grenze der Mehrarbeit. Der Kapitalist behauptet sein Recht als Käufer, wenn er den Arbeitstag so lang als möglich und womöglich aus einem Arbeitstag zwei zu machen sucht. Andererseits schließt die spezifische Natur der verkauften Ware eine Schranke ihres Konsums durch den Käufer ein, und der Arbeiter behauptet sein Recht als Verkäufer, wenn er den Arbeitstag auf eine bestimmte Normalgröße beschränken will. Es findet hier also eine Antinomie statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warentausches besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt. Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstags als Kampf um die Schranken des Arbeitstags dar – ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d.h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse."

Karl Marx: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 1*

24. Kapitel: Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation, S. 741-791

1. Das Geheimnis der ursprünglichen Akkumulation

“Man hat gesehen, wie Geld in Kapital verwandelt, durch Kapital Mehrwert und aus Mehrwert mehr Kapital gemacht wird. Indes setzt die Akkumulation des Kapitals den Mehrwert, der Mehrwert die kapitalistische Produktion, dieser aber das Vorhandensein größerer Massen von Kapital und Arbeitskraft in den Händen von Warenproduzenten voraus. Diese ganze Bewegung scheint sich also in einem fehlerhaften Kreislauf herumzudrehn, aus dem wir nun hinauskommen, indem wir eine der kapitalistischen Akkumulation vorausgehende “ursprüngliche” (“previous accumulation” bei Adam Smith) unterstellen, eine Akkumulation, welche nicht das Resultat der kapitalistischen Produktionsweise ist, sondern ihr Ausgangspunkt.

Diese ursprüngliche Akkumulation spielt in der politischen Ökonomie ungefähr dieselbe Rolle wie der Sündenfall in der Theologie. Adam biß in den Apfel, und damit kam über das Menschengeschlecht die Sünde. Ihr Ursprung wird erklärt, indem er als Anekdote der Vergangenheit erzählt wird. In einer längst verfloßenen Zeit gab es auf der einen Seite eine fleißige, intelligente und vor allem sparsame Elite und auf der anderen faulenzende, ihr alles und mehr verjubilende Lumpen. Die Legende vom theologischen Sündenfall erzählt uns allerdings, wie der Mensch dazu verdammt sei, sein Brot im Schweiß seines Angesichts zu essen; die Historie vom ökonomischen Sündenfall aber enthüllt uns, wieso es Leute gibt, die das keineswegs nötig haben. Einerlei. So kam es, daß die ersten Reichtum akkumulierten und die letzteren nichts zu verkaufen hatten als ihre eigne Haut. Und vor diesem Sündenfall datiert die Armut der großen Masse, die immer noch, aller Arbeit zum Trotz, nichts zu verkaufen hat als sich selbst, und der Reichtum der wenigen, der fortwährend wächst, obgleich sie längst aufgehört haben zu arbeiten. Solche fade Kinderei kaut Herr Thiers z.B. noch mit dem staatsfeierlichen Ernst, zur Verteidigung der propriété, den einst so geistreichen Franzosen vor. Aber sobald die Eigentumsfrage ins Spiel kommt, wird es heilige Pflicht, den Standpunkt der Kinderfibel als den allen Altersklassen und Entwicklungsstufen allein gerechten festzuhalten. In der wirklichen Geschichte spielen bekanntlich Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt die große Rolle. In der sanften politischen Ökonomie herrschte von jeher die Idylle. Recht und “Arbeit” waren von jeher die einzigen Bereicherungsmittel, natürlich mit jedesmaliger Ausnahme von “diesem Jahr”. In der Tat sind die Methoden der ursprünglichen Akkumulation alles andre, nur nicht idyllisch.

Geld und Ware sind nicht von vornherein Kapital, sowenig wie Produktions- und Lebensmittel. Sie bedürfen der Verwandlung in Kapital. Diese Umwandlung selbst aber kann nur unter bestimmten Umständen vorgehn, die sich dahin zusammenspitzen: Zweierlei sehr verschiedene Sorten von Warenbesitzern müssen sich gegenüber und in Kontakt treten, einerseits Eigner von Geld, Produktions- und Lebensmitteln, denen es gilt, die von ihnen geeignete Wertsumme zu verwerten durch Ankauf fremder Arbeitskraft; andererseits freie Arbeiter, Verkäufer der eignen Arbeitskraft und daher Verkäufer von Arbeit. Freie Arbeiter in dem Doppelsinn, daß weder sie selbst unmittelbar zu den Produktionsmitteln gehören, wie Sklaven, Leibeigene usw., noch auch die Produktionsmittel ihnen gehören, wie beim selbstwirtschaftenden Bauer usw., sie davon vielmehr frei, los und ledig sind. Mit dieser Polarisation des Warenmarkts sind die Grundbedingungen der kapitalistischen Produktion gegeben. Das Kapitalverhältnis setzt die Scheidung zwischen den Arbeitern und dem Eigentum an den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit voraus. Sobald die kapitalistische Produktion einmal auf eignen Füßen steht, erhält sie nicht nur jene Scheidung, sondern reproduziert sie auf stets wachsender Stufenleiter. Der Prozeß, der das Kapitalverhältnis schafft, kann also nichts andres sein als der Scheidungsprozeß des Arbeiters vom Eigentum an seinen Arbeitsbedingungen, ein Prozeß, der einerseits die gesellschaftlichen Lebens- und Produktionsmittel in Kapital verwandelt, andererseits die unmittelbaren Produzenten in Lohnarbeiter. Die sog. ursprüngliche Akkumulation ist also nichts als der historische Scheidungsprozeß von Produzent und Produktionsmittel. Er erscheint als “ursprünglich”, weil er die Vorgeschichte des Kapitals und der ihm entsprechenden Produktionsweise bildet.

Die ökonomische Struktur der kapitalistischen Gesellschaft ist hervorgegangen aus der ökonomischen Struktur der feudalen Gesellschaft. Die Auflösung dieser hat die Elemente jener freigesetzt.

Der unmittelbare Produzent, der Arbeiter, konnte erst dann über seine Person verfügen, nachdem er aufgehört hatte, an die Scholle gefesselt und einer andern Person leibeigen oder hörig zu sein. Um freier Verkäufer von Arbeitskraft zu werden, der seine Ware überall hinträgt, wo sie einen Markt findet, mußte er ferner der Herrschaft der Zünfte, ihren Lehrlings- und Gesellenordnungen

und hemmenden Arbeitsvorschriften entronnen sein. Somit erscheint die geschichtliche Bewegung, die die Produzenten in Lohnarbeiter verwandelt, einerseits als ihre Befreiung von Dienstbarkeit und Zunftzwang; und diese Seite allein existiert für unsere bürgerlichen Geschichtsschreiber. Andererseits aber werden diese Neubefreiten erst Verkäufer ihrer selbst, nachdem ihnen alle ihre Produktionsmittel und alle durch die alten feudalen Einrichtungen gebotenen Garantien ihrer Existenz geraubt sind. Und die Geschichte dieser ihrer Expropriation ist in die Annalen der Menschheit eingeschrieben mit Zügen von Blut und Feuer.

Die industriellen Kapitalisten, diese neuen Potentaten, mußten ihrerseits nicht nur die zünftigen Handwerksmeister verdrängen, sondern auch die im Besitz der Reichtumsquellen befindlichen Feudalherren. Von dieser Seite stellt sich ihr Emporkommen das als Frucht eines siegreichen Kampfes gegen die Feudalmacht und ihre empörenden Vorrechte sowie gegen die Zünfte und die Fesseln, die diese der freien Entwicklung der Produktion und der freien Ausbeutung der Menschen durch den Menschen angelegt. Die Ritter von der Industrie brachten es jedoch nur fertig, die Ritter vom Degen zu verdrängen, dadurch, daß sie Ereignisse aubeuteten, an denen sie ganz unschuldig waren. Sie haben sich emporgeschwungen durch Mittel, ebenso gemein wie die, wodurch der römische Freigelassene sich zum Herrn seines patronus gemacht hat.

Der Ausgangspunkt der Entwicklung, die sowohl den Lohnarbeiter wie den Kapitalisten erzeugt, war die Knechtschaft des Arbeiters. Der Fortgang bestand in einem Formwechsel dieser Knechtung, in der Verwandlung der feudalen in kapitalistische Exploitation.“ (741-742)

2. Expropriation des Landvolks von Grund und Boden

“Das Vorspiel der Umwälzung, welche die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise schuf, ereignet sich im letzten Drittel des 15. und den ersten Dezenien des 16. Jahrhunderts. Eine Masse vogelfreier Proletarier ward auf den Arbeitsmarkt geschleudert durch die Auflösung der feudalen Gefolgschaften, die, wie Sir James Stuart richtig bemerkt, “überall nutzlos Haus und Hof füllten”. Obgleich die königliche Macht, selbst ein Produkt der bürgerlichen Entwicklung, in ihrem Streben nach absoluter Souveränität die Auflösung dieser Gefolgschaften gewaltsam beschleunigte, war sie keineswegs deren einzige Ursache. Vielmehr im trotzigsten Gegensatz zu Königtum und Parlament schuf der große Feudalherr ein ungleich größeres Proletariat durch gewaltsame Verjagung der Bauernschaft von dem Grund und Boden, worauf sie denselben feudalen Rechtstitel besaß wie er selbst, und durch Usurpation ihres Gemeindelandes. Den unmittelbaren Anstoß dazu gab in England namentlich das Aufblühen der flandrischen Wollmanufaktur und das entsprechende Steigen der Wollpreise. Den alten Feudaladel hatten die großen Feudalkriege verschlungen, der neue war ein Kind seiner Zeit, für welche Geld die Macht aller Mächte. Verwandlung von Ackerland in Schafsweide war also sein Losungswort.“ (745-746)

Inclosures of Commons”

“Das Gemeindeeigentum – durchaus verschieden von dem eben betrachteten Staatseigentum – war eine altgermanische Einrichtung, die unter der Decke der Feudalität fortlebte. Man hat gesehen, wie die gewaltsame Usurpation desselben, meist begleitet von Verwandlung von Ackerland in Viehweide, Ende des 15. Jahrhunderts beginnt und im 16. Jahrhundert fort dauert. Aber damals vollzog sich der Prozeß als individuelle Gewalttat, wogegen die Gesetzgebung 150 Jahre vergeblich ankämpft. Der Fortschritt des 18. Jahrhunderts offenbart sich darin, daß das Gesetz selbst jetzt zum Vehikel des Raubs am Volksland wird, obgleich die großen Pächter nebenbei auch ihre kleinen unabhängigen Privatmethoden anwenden. Die parlamentarische Form des Raubs ist die der “Bills for Inclosures of Commons” (Gesetze für Einhegung des Gemeindelandes), in andren Worten Dekrete, wodurch die Grundherrschaft Volksland sich selbst als Privateigentum schenken.“ (752-753)

3. Blutgesetzgebung gegen die Expropriierten seit Ende des 15. Jahrhunderts. Gesetze zur Herabdrückung des Arbeitslohns

“Die durch Auflösung der feudalen Gefolgschaften und durch stoßweise, gewaltsame Expropriation von Grund und Boden Verjagten, dies vogelfreie Proletariat konnte unmöglich ebenso rasch von der aufkommenden Manufaktur absorbiert werden, als es auf die Welt gesetzt ward. Andererseits konnten die plötzlich aus ihrer gewohnten Lebensbahn Herausgeschleuderten sich nicht ebenso plötzlich in die Disziplin des neuen Zustandes finden. Sie verwandelten sich massenhaft in Bettler, Räuber, Vagabunden, zum Teil aus Neigung, in den meisten Fällen durch den Zwang der

Umstände. Ende des 15. und während des ganzen 16. Jahrhunderts daher in ganz Westeuropa eine Blutgesetzgebung wider Vagabundage.” (762)

“So wurde das von Grund und Boden gewaltsam exproprierte, verjagte und zum Vagabunden gemachte Landvolk durch grotesk-terroristische Gesetze in eine dem System der Lohnarbeit notwendige Disziplin hineingepeitscht, -gebrandmarkt, -gefoltert.” (765)

Der stumme Zwang der Verhältnisse

“Es ist nicht genug, daß die Arbeitsbedingungen auf den einen Pol als Kapital treten und auf den andren Pol Menschen, welche nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft. Es genügt auch nicht, sie zu zwingen, sich freiwillig zu verkaufen. Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt. Die Organisation des ausgebildeten kapitalistischen Produktionsprozesses bricht jeden Widerstand, die beständige Erzeugung einer relativen Überbevölkerung hält das Gesetz der Zufuhr von und Nachfrage nach Arbeit und daher den Arbeitslohn in einem den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechenden Gleise, der stumme Zwang der Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter. Außerökonomische, unmittelbare Gewalt wird zwar immer noch angewandt, aber nur ausnahmsweise. Für den gewöhnlichen Gang der Dinge kann der Arbeiter den “Naturgesetzen der Produktion” überlassen bleiben, d.h. seiner aus den Produktionsbedingungen selbst entspringenden, durch sie garantierten und verewigten Abhängigkeit vom Kapital. Anders während der historischen Genesis der kapitalistischen Produktion. Die aufkommende Bourgeoisie braucht und verwendet die Staatsgewalt, um den Arbeitslohn zu “regulieren”, d.h. innerhalb der Plusmacherei zusagender Schranken zu zwängen, um den Arbeitstag zu verlängern und den Arbeiter selbst in normalem Abhängigkeitsgrad zu erhalten. Es ist dies ein wesentliches Moment der sog. ursprünglichen Akkumulation” (765-766)

2.) Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie

„Der ideale Anspruch, Herrschaft auf das Volk zurückzuführen, und der reale Anspruch oligarchischer Gruppen, über das Volk – wenngleich zu seinem Wohl – zu herrschen, führten schon von Anbeginn des bürgerlichen Aufstiegs zur Macht zu Schwierigkeiten. Das Dilemma verschärfte sich durch das Scheitern des faschistischen Versuchs, Staatsgewalt für Führungsgruppen ohne verfassungsmäßig eingeholte Massenlegitimation zu reservieren. Der Kampf gegen den Faschismus mobilisierte in den meisten europäischen Ländern die Bevölkerung und setzte sie politisch für eine Ausweitung der Demokratie frei: der Weg zu einer zunehmenden Beteiligung der Massen an wirtschaftlichem, politischen, kulturellen Entscheidungsprozessen und zu dem damit verbundenen Abbau von Herrschaftspositionen schien eröffnet zu sein. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde jedoch, zum Teil gegen den Widerstand der Bevölkerung selbst, im Westen die Herrschaft gesellschaftlicher Oberschichten wiederhergestellt. Ideologisch fand diese Restauration ihre Rechtfertigung in dem niederwälvend-umwälvenden Vormarsch der Roten Armee, der die Rückkehr in die bewährte Ordnung als ein moralisch-politisches Gebot erscheinen ließ. Begünstigt wurde sie dadurch, daß die frei gewordenen Massen politisch unartikuliert blieben (wie etwa in Westdeutschland) oder in ihrer Artikulation und Organisation nirgends über eine formelle Minderheitenrolle hinaus kamen (Italien und Frankreich). So konnte der Versuch unternommen werden, sie institutionell zu steuern – ohne daß freilich ihre Präsenz und damit das Dilemma abgeschafft worden wäre. Die Geschichte der westlichen Gesellschaften nach dem Krieg ist die Geschichte dieser Steuerung; ihr vorläufiges Ergebnis findet sich in der Konsolidierung des alten Verfassungsstaates; ihr Problem ist, diesen Staat den technischen und wirtschaftlichen Erfordernissen der heutigen Zeit entsprechend zu transformieren.“

Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie, in: ders./Peter Brückner: Die Transformation der Demokratie, Frankfurt am Main 1968, S. 7-8.

„Nicht, daß sich die Basis des sozioökonomischen Konflikts in der westlichen Welt wesentlich verändert hätte. Sie besteht nach wie vor in dem Widerspruch zwischen dem **individuell-**privilegierten Herrschaftsanspruch auf Eigentum, Verfügungsgewalt und Wissen auf der einen Seite und den Inhalten einer modernen Gesellschaft auf der anderen Seite, die auf **Kollektiv**produktion gegründet ist und die durch die (potentiellen oder aktuellen) Forderungen

unterprivilegierten Mehrheiten in Bewegung gehalten wird. Wohl haben sich die Formen, in denen der Konflikt sich äußert, vervielfältigt und – von der Hierarchisierung der Industriebetriebe angefangen bis zur Institutionalisierung des Lohnkampfes – den früheren einfachen, durchschaubaren Antagonismus von Ausbeutern und Ausgebeuteten verästelnd, gemildert und verdeckt. Zu gleicher Zeit bereicherte sich das Instrumentarium der Manipulation von oben nach unten – nicht zuletzt dank der Komplizität der wissenschaftlichen Forschung – ebenso wie die Möglichkeit friedlicher Anpassung und individueller Mobilität von unten nach oben sich gesteigert hat. In einer solchen Lage bewährt sich die parlamentarisch-demokratische Form der Ausübung der Gewalt – und das ist: die politische Koppelung der widerstreitenden Pole im Verfassungsstaat – nur, wenn ungeachtet der Fortführung formaler Verfassungen **neue** institutionelle, ideologische und technische Steuerungsmittel gefunden werden.“ (8-9)

„Hatte der altliberale Staat in den Anfängen der kapitalistischen Expansion den Widerspruch der Gesellschaft einfach geleugnet, indem er die sich schon zu Wort meldenden Massen ignorierte; hatte der faschistische Staat die große Mehrheit der Bevölkerung aus dem Entscheidungsprozeß mit terroristischen Mitteln ausschließen und den Widerspruch gewaltsam lösen wollen; so muß sich heute die parlamentarische Demokratie in ihrer Struktur und Funktion so weit wandeln, daß sie den Widerspruch erfolgreich glätten und durch staatliche Regelung sozial ausgleichen kann. Anders gesagt: sie muß in der Lage sein, disziplinierend in den Widerspruch einzugreifen.“ (9-10)

Programm und Technik des sozialen Friedens

„Bestrebungen, im kapitalistischen System der Produktion den Konflikt zwischen dem „command of labour“ und den Arbeitenden in beiderseitiger Zufriedenheit zu schlichten, sind schon älteren Datums. Sie gingen von der richtigen Erkenntnis aus, daß das Spannungsverhältnis von Leitung und Belegschaft im Betrieb die Produktivität der Arbeit beeinträchtigt und auch das außerbetriebliche, politische und private Verhalten in ungünstiger Weise beeinflusst. Gesucht wurde nach Methoden, die dem geringsten, möglichst unmerklichen Repressionsgrad die höchste Ausbeutung des Profitmechanismus sichern. Insofern begann der Kapitalismus schon vor der jetzigen, „dritten Entwicklungsphase der Demokratie“ (Flechtheim), innerbetrieblich sozial zu werden. Human relations, Staffelung der Befehlsgewalt durch Delegation von Macht nach unten, freundliches Betriebsklima, ein in Grenzen gehaltenes, aber wirkungsvolles Ausspracherecht (kein Mitentscheidungsrecht!) dienten dazu, Statusfixierung zu erzeugen und manipulativ ausgeübte Unterdrückung akzeptabel zu machen. Drängte schon die damit gewonnene Erfahrung dazu, Befriedigungstechniken auf den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß auszuweiten, so zwang die offene Konfliktsituation in den desintegrierten Gesellschaften des Westens nach dem 2. Weltkrieg, um der Sicherung des Systems willen eine allgemeine Politik des sozialen Ausgleichs zu versuchen. Die innerbetriebliche Ruhe und Zufriedenheit genügen nicht, wenn **aus der Gesellschaft** – durch die Tätigkeit von Gewerkschaften und Parteien – Unruhe und Kampf in die Betriebe hineingetragen werden. Daß auch hier nach der staatlichen Vermittlung, nach einer durch staatliche Organe verabschiedeten und garantierten Regelung gerufen wurde, gehört zur spezifisch sozialpolitischen Seite der heutigen Verfilzung von Staat und Gesellschaft und des neuen wechselseitigen Verhältnisses von Verwaltung und Wirtschaft.“ (19-20)

„Wenn gegen die Herrschaft keine Forderungen mehr erhoben (und gegen die Ausbeutung keine Protestaktionen mehr organisiert) werden, die Massen ihr Interesse an einer Veränderung der Gesellschaft verlieren und von der Befreiung auf die Befriedung und Befriedigung („von der Politik in die Kneipe“ – v. Ossietzky) zurückgebracht werden, ist der Kapitalismus stabilisiert und gesichert. Nicht, daß der einseitige Verzicht durchgängig von einseitigen Nachteilen begleitet wäre. Eine Umschau in modernen Konsumgesellschaften genügt, um den wachsenden, wenn auch ständig gefährdeten Wohlstand der Arbeiter und Angestellten der Industrie- und Dienstleistungsbetriebe feststellen zu können. Tendenziell gehören Konsumlusterweckung und optimale Lustbefriedigung zum Programm. Sie helfen, dabei den Verlust an Politik zu verdecken. Dies gilt trotz der periodisch unternommenen Versuche, konjunkturelle Schwierigkeiten dadurch zu meistern, daß die Konsumfreudigkeit der Massen eingeschränkt wird.“ (22)

Herrschaftskonflikt und Führungskonflikt

„Eine Konfliktsituation kann sich politisch sowohl an einer systeminternen Auseinandersetzung entzünden wie an einem Kampf gegen das System. Im zweiten Fall bricht ein Herrschaftskonflikt

aus. Er findet zwischen zwei Grundstrukturen statt, zwischen gesellschaftlichen Gegenpolen mit entgegengesetzten Interessen und sich daher ausschließenden Forderungen und Zielen. Innerhalb eines Systems hingegen gehen nur Führungskonflikte vor sich, die im wesentlichen Konkurrenzkämpfe zur Ablösung der jeweiligen Führungsgruppe sind und die der teilweisen Umgruppierung innerhalb eines Oligarchienkreises dienen.“ (30-31)

„Der Verteilungsmodus der Machtpositionen – die freie und geheime Wahl – zwingt die Parteien dazu, sich der jeweiligen Situation anzupassen und den gesellschaftlichen Kampf in der Taktik des Wahlkampfes zu berücksichtigen. Insofern entdecken bei einer Kohlebergbaukrise alle Parteien ihr Herz für die Kumpel. Doch liegt genau hierin eine neue gesellschaftliche Qualität: alle Parteien machen die gleiche Entdeckung – und alle dehnen zugleich ihre Herzlichkeit auch auf alle anderen Bevölkerungsgruppen aus, einschließlich der Erdölindustrie. Das bedeutet, daß in der Strategie des Wahlerfolges das Versprechen an erster Stelle steht, die Wünsche einer abstrakten Allgemeinheit zu befriedigen – exemplarisch: sowohl Mieten zu erhöhen als auch Mieten zu senken (oder sozial zu stützen); die Kohle zu retten und das Heizöl nicht zu behindern; mehr Urlaub zu gewähren und eine Stunde länger zu arbeiten zu lassen. Im Verteilungsmodus liegt also schon eine befriedigende Tendenz.“ (32)

Wandel der Parteien

„Die Parteien trennen sich von der eigenen, aktuellen oder potentiellen **gesellschaftlichen** Basis und werden zu **staatspolitischen** Vereinigungen.“ (33)

„Die politische Partei des Verfassungsstaates – dort, wo sie sich am vollsten ausgebildet hat – wirkt in letzter Instanz als Klassenorgan der Konservativen, **weil** sie keine Klassen mehr zu kennen vorgibt, sondern nur noch „Menschen“, keine gesellschaftlich bezogene Idee, sondern nur „Sachen“. In ihr herrschen beim Entscheidungsprozeß nicht der Drang und der Druck existenter Bevölkerungsgruppen, sondern der „Sachzwang“. So paßt sich eine Partei den technologischen Erfordernissen der heutigen Welt an und bereitet den Weg der Technokratie vor.“ (34)

„So entsteht ideologisch und organisatorisch die **Volkspartei**. In ihr sind Interessenskonflikte schon vorparlamentarisch (unter anderem bedeutet dies: vor der Wahlentscheidung durch das Volk) ausgeglichen und integriert. Die Technik des sozialen Friedens kommt ohne diese Entfremdung politischer Organisationen und ihrer Führungen von den gleichen breiten Massen, die von ihnen vertreten werden sollten, nicht aus. Wo die Funktionsverschiebung weit gediehen und Parteiführungsstäbe sich sicher als Gegenpol der Wahlbürger in den institutionellen und Verwaltungs-Apparat des Staates eingebaut haben, tritt – durchaus unversehens für den Bürger selbst – eine neue Form der staatlichen Organisation auf. Sie bildet die Krönung des modernisierten Verfassungsstaates: die letzte Stufe eines zur lückenlosen Manipulation und zum Überdauern tendierenden politischen Systems. Es entwickelt sich ein neuartiger, durch die Zusammenarbeit der Parteiführungsstäbe untereinander bedingter Herrschaftsmechanismus, in dem verdinglichte, obrigkeitliche Machtzentren in sich zirkulierend ein Konkurrenzverhältnis eingehen. Es versteht sich: hier ist die Rede von Parteien verschiedener Richtung aber gleichen Typus: von Ordnungsparteien, die – spinozistisch gesprochen – sich in dem Modus, nicht in der Substanz einer konservativen Politik unterscheiden. Mit dem alten Obrigkeitsstaat läßt sich die neue Staatsform allerdings nicht ohne weiteres vergleichen. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß formal gesehen nicht die Führungsstäbe selbst, sondern die Wähler bestimmen, wie die Zirkulation der Machtzentren vor sich geht und wie die Anteile an öffentlicher Gewalt verteilt werden. (Gerade dieser Umstand macht die Transformation der Demokratie zu einer harten Notwendigkeit.) Die Leerformelhaftigkeit der Konkurrenz und die pragmatische Ausrichtung der konkurrierenden Parteien erinnert freilich an den Schein der Konkurrenz im Konsumsektor und an deren Janusgesicht. Während die Führungsgruppen untereinander sich einen realen Kampf liefern (denn es geht für sie um die reale Machtgewinnung), wird den Wählern lediglich die **Illusion** eines offenen Wettbewerbs mit der ihm eigen sein sollenden Tendenz zur Qualitätssteigerung geboten. In Wirklichkeit wird das politische wie das konsumierende Publikum mit scheinunterschiedlichen Gütern beliefert. Die formale Freiheit der Wahl zwischen einem Ford Taunus und einem Opel Rekord; zwischen einem Ferienaufenthalt in Rimini und Ancona entscheidet über den Marktanteil der Firmen und Hotels. **Material** liegt ihr Stellenwert für konkrete Freiheitsausübung genau so niedrig wie die Freiheit der Wahl zwischen den Parteien A, B und C. Aus der Ähnlichkeit der

Parteiprogramme und aus der Gemeinsamkeit der Ziele (Markt- und Machtanteil) ergibt sich die Notwendigkeit, sich den „Methoden der Absatzwerbung“ zuzuwenden. Eine Differenzierung von Parteiideen und Konsumgütern scheint in einer Welt der „Sachzwänge“ ohnehin technisch unmöglich zu sein – es sei denn, Firmen bringen radikal andere Güter hervor oder Parteien wollen eine radikale Änderung und scheren – als Fundamentalopposition – aus dem Zirkulationssystem aus.“ (36-38)

Plurale Fassung einer Einheitspartei

„So sehr in Einzelheiten und Randerscheinungen eine organisatorische und pragmatische Vielheit sich auch betätigen mag: die Pluralität formalisiert sich und die Parteien werden beliebig auswechselbar. Sie sind auswechselbar in der Sicht des Wählers, der sich gleichen Versprechungen und gleichen Praktiken gegenüber gestellt sieht, aber auch im Selbstverständnis der Parteien selbst, denen es geradezu auf einen überzeugenden Nachweis ihrer Auswechselbarkeit ankommt, um Randwähler des Gegners für sich zu gewinnen („Diesmal lieber SPD“). Verbindet sich die ideologische und organisatorische Form der Volkspartei mit der Formalisierung der Parteienpluralität, so wird ein Zweifaches politisch erreicht: das demokratische Spiel der Kräfte um die Machtverteilung kann fortgeführt werden und damit die Konstitutionalität aufrechterhalten werden; zugleich wird verbürgt, daß keine wesentlichen Änderungen zu erwarten sind. Das hektische Treiben der partei- und verbandspolitischen Kräfte (das übrigens die Angleichung der Regierungsform an die Dynamik des Produktionsprozesses und der gesellschaftlichen Kräfte vortäuscht) dient dem statischen Verharren in den bestehenden Verhältnissen. Gelingt es dabei tatsächlich in der Orientierung der Bevölkerung und in der politischen, legislativen wie exekutiven Tätigkeit den Antagonismus auszuschalten und gerade durch die Vielheit der Parteien die Friedensintegration zu erreichen, so wird das wirkliche Gesicht der Volksparteien des modernen Verfassungsstaates offenbar: sie bilden die **plurale Fassung einer Einheitspartei** – plural in der Methode des Herrschens, einheitlich als Träger der staatlichen Herrschaft gegenüber der Bevölkerung, einheitlich vor allem in der Funktion, die die Volksparteien innerhalb der westlichen Gesellschaft übernehmen.“ (38-40)

Ersetzung Klassenbewußtsein durch Staatsbürgerbewußtsein

„Es steht außer Zweifel, daß die staatliche Ordnung sich stabilisiert, wenn die Klassenspaltung aus dem Bewußtsein der Betroffenen schwindet. Zu welchen Folgen dies für weite Schichten der Bevölkerung führt, wird freilich selten beachtet. „Klassenkampf ist das bewußte Streben nach Gerechtigkeit, Verzicht auf den Klassenkampf die bewußte oder unbewußte Mitwirkung an der Stabilisierung des Unrechts“ (Fraenkel). Damit ist aber auch gezeigt, wie bedeutsam für die gesellschaftliche Funktion des Staates die „Überwindung“ des Proletariats beim Kampf der Parteien um die Besetzung des öffentlichen Herrschaftsapparats ist. Wird das Klassenbewußtsein durch das Staatsbürgerbewußtsein ersetzt, so fällt gänzlich aus dem Bewußtsein, daß der Staat den Antagonismus nur verdeckt, wenn er plurale Verteilungsstreite schlichtet.“ (48)

Gleichheit der Bürger

„Gleichheit der Bürger. Damit erweist der Staat seine Ideentreue – und verhält sich marktkonform. Der eine Bürger mag Vorsitzender eines Partei-Landesverbands sein, der andere schlichter, parteiloser Angestellter einer Ortsverwaltung der Allgemeinen Ortskrankenkasse: gegenüber der Wahlkandidatenliste hat ein jeder von ihnen nur eine Stimme, ist gleicher Träger des aktiven Wahlrechts. Der eine mag Generaldirektor eines Großbetriebs sein und der andere den Hof in der Fabrik kehren: gegenüber der Backware auf dem Markt sind beide gleichgestellte Käufer, beide gleichberechtigte Rechtssubjekte.“ (49)

Petition und Interpellation

„Es sind vor allem zwei Einrichtungen, die als Mittel der Kritik des Parlaments und der Intervention des Volkes gedacht worden sind und staatsbürgerlich propagiert werden, in Wirklichkeit vorzüglich als Auftragsinstrument sich eignen: die Interpellation und die Petition. Da das Petitionsrecht eine, wenn man so will, uralte Sehnsucht der Abhängigen stillt, sich bei den Mächtigen Gehör zu verschaffen, kann es in seiner manipulativen Bedeutsamkeit nicht hoch genug eingeschätzt werden: ein noch so radikaler Protest gegen Willkür und Machtmißbrauch wird in eine Anerkennung der bestehenden Ordnung umgemünzt, wenn er sich in eine Petition umsetzen läßt. Organisiert die Gewerkschaft anstelle eines politischen Streiks eine revolutionär gehaltene

Massenpetition, so braucht das Parlament sich vor den Arbeitern nicht zu fürchten. Was dem Volk eine Errungenschaft ist, wird seiner Vertretung ohnehin im allgemeinen zu einer lästigen Ehrenpflicht, die periodisch und ohne nennenswerte Interessiertheit erledigt wird. Manipulativ nicht minder bedeutsam ist die Interpellation: selbst die offene Rebellion der Unterworfenen kann parlamentarisch domestiziert werden, wenn an die Stelle der Barrikaden gegen die herrschende Klasse die oppositionelle Interpellation gegen die jeweilige Regierung tritt.“ (64-65)

Fundamentalopposition

„eine **fundamentaloppositionelle** Organisation, die sich gegen die vom Verfassungsstaat geschützten Strukturen und gegen jede Art oligarchischer Transformation wendet, stört den Betrieb und kann ihn unter Umständen zerstören. Breitet sie sich aus und wird sie zu einer realen Macht, verfällt die Garantie für eine der elementaren Existenzbedingungen des politischen Staates: für die Entpolitisierung der Massen. Zwar können Massen von sich aus Bewußtsein entwickeln, unterdrückt zu sein, und spontan zur Rebellion drängen. Zu einer konkreten Emanzipation, die die politische Struktur der Unterdrückung angreift und bricht, kommen sie dadurch nicht. Es muß auch eine organisatorische Form gefunden werden, in deren praktischer Vermittlung erst die Rebellierenden den engen Bereich dichotomischer Vorstellungen und des dichotomischen Verhaltens überschreiten und – statt sich bloß aufzulehnen – auch umwälzen wollen. Nur das **organisierte** Nein sprengt die Fesseln staatsbürgerlich-parlamentarischer Gleichschaltung und kann den Führungskonflikt wieder zu einem Herrschaftskonflikt ausweiten. Gerät durch die Wechselwirkung von Massenspontaneität und Bewußtseinsorganisation der politische Staat ins Wanken, so stabilisiert er sich umgekehrt, wenn die Opposition ihren fundamentalen Charakter ablegt und sich konstitutionalisiert.“ (73-74)

Konformität durch Beteiligung

„Eine andere Frage ist, ob die linke Opposition, zumal wenn sie selbst im Parlament vertreten und also staatlich anerkannt ist, die Gegenmanipulation durch – und sich selbst außerhalb der Herrschaft halten kann und will. In vielen westlichen Ländern versuchen kommunistische Parteien der antikommunistischen Propaganda entgegenzuwirken und selbst Machtpositionen zu erreichen, indem sie die parlamentarisch-konstitutionellen Regeln des Machtwechsels nachdrücklich bejahen und sich verfassungskonform verhalten – und dies in Konformität zu einem Verfassungsstaat, der tendenziell die Emanzipation verhindert. Sie vergessen zuweilen, daß die Formalität der Spielregeln, gegen die an sich nichts einzuwenden wäre, begleitet wird von einem Sich-Einspielen und Einpendeln der beteiligten Parteien auf eine pragmatisch-mittlere Linie, die höchstens gegenseitige Korrekturen am Machtgebrauch zuläßt, programmatisch aber auf die Erhaltung des gesellschaftlichen status quo hinzielt. Darin liegt denn auch das Dilemma einer Fundamentalopposition, die sich um parlamentarische Glaubwürdigkeit bemüht, um auf dem parlamentarischen Weg und im Rahmen der Verfassungsbestimmungen die Umwälzung herbeizuführen.“ (76)

Assimilation mit Herrschaft als Verzicht auf Opposition

„Schränkt das Einpendeln auf eine mittlere Linie die Opposition wesentlich ein, so bildet es zugleich den Weg, auf dem sich die oppositionelle linke Partei in das Entscheidungsgetriebe des Staates einbaut: die Assimilation mit der Herrschaft ist der Lohn für den Verzicht auf Opposition.“ (77)

Parlamentarisierung der Linken

„Die Parlamentarisierung der Linken: die Verwandlung des Fortschritts zu einer staatlich anerkannten Einrichtung (Opposition Seiner oder Ihrer Majestät) und zu einem Ordnungsfaktor kann jedoch das System einer konstitutionellen Oligarchie nicht sichern, wenn die Anerkennung durch die Massen ausbleibt. Hier kommt die Fixierung des politischen Kampfes auf das parlamentarische Spiel und auf die Auseinandersetzung der Parteien untereinander voll zur Geltung. Nicht daß die linke Opposition von ihrer Fundamentalrolle her gesehen für die Massen funktional degeneriert, macht ihre Brauchbarkeit aus; sondern: daß trotz Degeneration der Anspruch aufrechterhalten wird, eine Linke zu sein und nach wie vor Kräfte zu vertreten, die gesellschaftlich in Opposition zu den etablierten Nutznießern der bestehenden Ordnung stehen. Anders gesagt: systemkonform (staatstragend) und für die Assimilation interessant ist die

parlamentarische Linke nur, wenn es ihr gelingt, einziger (oder einzig bedeutsamer) Kristallisationspunkt aller, selbst der fundamentalen Opposition der Massen zu sein.“ (78-79)

„Die Domestizierung der gesellschaftlichen Opposition gelingt parlamentarisch um so wirkungsvoller, wenn sie im unmittelbar gesellschaftlichen Bereich von der Domestizierung des Konflikts zwischen Arbeit und Kapital begleitet wird, die von integrierten Gewerkschaften vorgenommen wird. Fraglos sorgen integrierte Gewerkschaften mit größerem Erfolg als Kampfgewerkschaften – wenngleich nur in hochkonjunkturellen Perioden – für die Sicherung und möglichst für die Erhöhung des Lohnanteils der Abhängigen. Sie überlassen jedoch den Unternehmern die Organisation der Arbeit und die Lenkung der Produktion. Dadurch wird das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit entpolitisiert: nicht mehr als Konfliktsituation verstanden, in der Herrschaft ausgeübt und gegen Herrschaft gekämpft wird. Herrschaft und Ausbeutung werden getrennt, die Aufhebung der letzteren (als eigentliches Ziel der gewerkschaftlichen Tätigkeit vorgestellt) wird von der Befehlsstruktur der Produktion losgelöst und abstrakt als Hebung des Lebensstandards angestrebt, ohne daß die Herrschaftsfrage (wer organisiert die Arbeit; wer entscheidet im Produktionsprozeß) gestellt wäre. Auf diese Weise, die im allgemeinen übrigens als besonders fortschrittlich und modern gilt, erfährt die Methode, nach der auch der Paternalismus in roherer Form (der niedrigeren Produktionsstufe entsprechend) das Problem löste, eine Modernisierung: auch im Paternalismus verlor die Herrschaft ihren ausbeuterischen Charakter, denn der Herr sorgte väterlich für seine Untergebenen.“ (80)

Toleranz gegen Opposition (und ihre Grenzen)

„Damit ist die Grenze angegeben, an der die nicht-parlamentarische Opposition Halt zu machen hat – die intellektuelle wie auch eine jede verbandspolitische. Die Grenze wird weder von der Schärfe noch von der Richtigkeit der Kritik bestimmt, sondern von deren politischer Zielsetzung (die Kritik darf aus dem Kreislauf einer konstruktiv genannten, wechselseitigen Kontrolle der etablierten Führungsgruppen nicht herausfallen) und von dem Ausmaß der öffentlichen Wirksamkeit. Das erste wurde selbst von Laski erkannt, der insofern seine Erwartungen hinsichtlich einer friedlich-parlamentarischen Revolution erheblich einschränkte: „... unsere Freiheit, die Grundlage unseres Glaubens (scil.: der parlamentarischen Demokratie) zu kritisieren, (wird) uns deshalb gelassen, weil niemand vermutet, daß die Freiheit der Kritik in die Freiheit zur Veränderung umschlagen wird. Wo man diese Gefahr auch nur am Horizont wittert, da tauchen mit verblüffender Schnelligkeit die Mussolinis, Hitlers und Francos auf, um dieser Freiheit Schranken zu setzen.“ (85)

„Die Grenze wird also von der Schwelle der Sozialwirklichkeit bestimmt, unterhalb derer freilich die uneingeschränkte politische Meinungs- und Kommunikationsfreiheit zugestanden wird. Das Recht zum nicht-praktischen, im Grunde unpolitischen Gebrauch der Freiheit stützt den politischen Staat durch den darin enthaltenen Nachweis der Verfassungsmäßigkeit. Die stolze Verwirklichung liberaler Rechtsstaat-Grundsätze hebt die politische Herrschaft und in vermittelter Form die gesellschaftliche von der terroristischen Willkür ab und verschafft ihr ein zäheres Leben. Nicht minder von Belang aber: ist das Bedürfnis zu reden gestillt, wird die Bereitschaft zur Untätigkeit erhöht. Auch in dieser Hinsicht läßt sich eine Wechselwirkung oder zumindest Verwandtschaft kapitalistischer Betriebserfahrung mit der politischen Führungspraxis bürgerlicher Staaten beobachten – wobei es eine historische Frage ist, welche von beiden im Einzelfall die andere bestimmt. Jedenfalls bewährt sich auch im Staatsverband, was Betriebspsychologen als Integrationsbedingung eines zweckmäßig, d.h. profitsicher geführten Betriebs feststellen. „Mindestens die Hälfte der Beschwerden eines durchschnittlichen Angestellten kann zufriedengestellt werden, wenn man ihm nur die Gelegenheit gibt, darüber zu reden. Es ist dann nicht mehr nötig, auch etwas zu tun ... Es ist keineswegs immer notwendig, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen, um sie zufrieden zu machen.“ (85-86)

Christoph Burgmer: *Das negative Potential. Gespräche mit Johannes Agnoli* Negatives Potential

„Die Negation ist eine zur Freiheit hin, zur Negation aller Zwangsverhältnisse. Daher auch die Theorie der Abschaffung von Staat. Es ist keine romantische Idee, sondern das ist der Drang, den objektiven Zwangscharakter der reproduktiven Gesellschaft zu überwinden. Ob das gelingen wird, wissen wir nicht, aber als Zielsetzung, als Utopie und Orientierungspunkt ist das sehr wichtig. (...)

Es ist immer wieder darauf hinzuweisen, daß es nicht um die Humanisierung des Kapitalverhältnisses geht, sondern um deren Überwindung. Die Negation des Kapitals und seines Staates ist heute also das unmittelbare Ziel einer emanzipatorischen Bewegung.“

Christoph Burgmer: Das negative Potential. Gespräche mit Johannes Agnoli, Freiburg 2002, S. 11-12.

„Eine Organisation, die wirklich emanzipatorisch sein will, muß die Emanzipation in sich selber vorwegnehmen.“ (S. 14)

„Geduld und Ironie sind die Waffen, die wichtig sind, um zu überwintern. Denn es geht in der heutigen Situation um eine Art Überwinterung, und dafür braucht man unbedingt eine Überwinterungsstrategie. Wer die Emanzipation will, muß einfach damit rechnen, daß er eine längere Zeit im Winter zu leben hat und in diesem Winter das Prinzip Hoffnung aufrechterhalten muß. Denn das Prinzip Hoffnung liegt in der Natur der Sache. Es ist bekannt, daß nach einem harten Winter ein Frühling kommt.“ (S. 18)

Faschismus als negatives Potential?

„Es existiert nämlich eine Negation, die sich nicht etwa gegen eine bestimmte Ordnung richtet, um damit die Zwangsverhältnisse abzuschaffen, sondern eine Negation, die die Zwangsverhältnisse noch verfestigen will. Das waren und sind die Faschisten, das waren die Nationalsozialisten. Sie wollten niemals eine emanzipierte Gesellschaft haben. Auch in der Organisationsform waren sie sehr rigide. Sie sind die Negation des eigentlich negativen Potentials. Man kann also nicht sagen, daß die Faschisten zum negativen Potential gehören. Das gleiche gilt heute für die islamischen Fundamentalisten. Auch sie wollten und wollen niemals Freiheit, im Gegenteil. Ihr Wunschtraum ist, die ganze Welt zu islamisieren. Daß sie das Befreiung nennen, liegt an der ideologischen Verwendung der Begriffe. Wenn man solche Bewegungen beurteilen will, muß man sich immer die Frage stellen, was ihr wirkliches Ziel ist. Wollen sie die Emanzipation oder wollen sie eine härtere Ordnung, eine in ihren Augen vielleicht bessere Ordnung. Auf jeden Fall wollen sie die Bestätigung, zum Teil Verschärfung der bestehenden Machtverhältnisse. Also können solche Bewegungen nicht zum negativen Potential gerechnet werden.“ (S. 19)

Marsch durch die Institutionen

„Als die Parole vom „Marsch durch die Institutionen“ aufkam, gehörte ich zu den wenigen, die davor warnten. Denn die Institutionen sind – bildlich gesprochen – ein Palast. Mit Institutionen meine ich staatliche Institutionen, nicht etwa Schulen oder Kindergärten und ähnliches. Der Staat ist ein Palast, in den man hineintritt, der aber keinen Hinterausgang hat. Man kann in diesem Palast höchstens nach oben kommen. Das haben die Grünen erfahren. Sie sind als Alternative in den Palast eingetreten und später ist Joschka Fischer Außenminister geworden. Beim Marsch durch die Institutionen wurde eines vergessen, daß nämlich – wie Marx es einmal formuliert hat – „die Institutionen stärker sind als der Wille des Einzelnen“. Man kann sich in die Institutionen hineinbegeben, aber dann bleibt man drin. Viele fühlen sich dabei glücklich. Darauf verweisen zwei Äußerungen von Grünen Abgeordneten im Parlament: „Ich habe das alte Haus lieb gewonnen“, und „es sei schon so eine Sache, neben dem Kanzler zu sitzen.“ Das ist die Faszination der gesellschaftlichen, der bürgerlichen Machtverhältnisse. Eine Faszination, unter der wir im Grunde alle leiden. Denn es ist ja tatsächlich schön, freie Wahlen zu haben, und natürlich ist es sehr schön, neben dem Kanzler zu sitzen. Früher waren die Könige schließlich irgendwo unerreichbar. Heutzutage geht der Kanzler in eine ganz normale Kneipe in Berlin und ißt mit den Leuten zusammen. Man sollte nur wissen, daß sich die Machtverhältnisse dadurch nicht ändern, sondern nur die Institutionen bestätigt werden.“ (S. 21)

„Zweck eines Unternehmers ist es, Gewinn auf dem Markt zu erzielen, und nicht, Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist die Logik des Kapitals. Und diese Logik übersetzt sich in die Logik des Staates. Der Staat hat nicht die Aufgabe, Freiheit und Gleichheit zu garantieren, der Staat hat die Aufgabe, die Reproduktion einer kapitalistischen Gesellschaft zu garantieren und zu organisieren.“ (S.42)

3.) John Holloway: Die Welt verändern, ohne die Macht zu ergreifen

„Mehr als hundert Jahre lang wurde die revolutionäre Hoffnung junger Menschen dahin gelenkt, eine Partei zu gründen oder zu lernen mit Waffen umzugehen. Über hundert Jahre lang wurden die Träume derer, die eine menschliche Welt wollten, bürokratisiert und militarisiert, all dies nur zur Übernahme der Staatsmacht durch eine Regierung, die anschließend des „Verrats“ an der Bewegung, die sie dahin gebracht hatte, bezichtigt werden konnte. Einer Regierung nach der anderen wurde vorgeworfen, die Ideale ihrer Unterstützer „verraten“ zu haben.“

John Holloway: Die Welt verändern, ohne die Macht zu ergreifen, Münster 2002, S. 23.

„Egal ob nun die Eroberung der Staatsmacht als einziger Pfad zur Veränderung der Gesellschaft angesehen wird oder aber nur als Handlungsbrennpunkt, zwangsläufig kommt es zu einer Kanalisierung der Revolte. Die Leidenschaft der um eine andere Gesellschaft Kämpfenden wird aufgegriffen und in eine bestimmte Richtung gelenkt: gen Übernahme der Staatsmacht. (...) Der Aufbau der Partei (oder der Armee) überschattet dann bald alles andere. Was ursprünglich negativ war (die Ablehnung des Kapitalismus) wird in etwas Positives verwandelt (Aufbau von Institutionen, Aufbau der Macht). Die Einführung in die Eroberung der Macht wird zwangsweise zu einer Einführung in die Macht selbst. Die Eingeweihten lernen die Sprache, Logik und Berechnung der Macht: sie lernen mit den vollständig machtfixierten Kategorien der Sozialwissenschaft umzugehen. Differenzen innerhalb der Organisation werden zu Machtkämpfen. Manipulation und Beeinflussung werden zu einem Lebensstil.“

John Holloway: Die Welt verändern, ohne die Macht zu ergreifen, Münster 2002, S. 26.

Parallele zu anarchistischer Kritik an Beteiligung in staatlichen Institutionen

„Auf der einen Seite verleiht die höhere Position notwendigerweise ein Gefühl der Überlegenheit; auf der anderen Seite ist ein Minderwertigkeitsgefühl vorhanden, das sich aus der Überlegenheit des die exekutive oder die legislative Gewalt ausübenden Vormunds ergibt. [...] Dies ist die Geschichte der politischen Macht, seit diese Macht in der Welt etabliert worden ist. Es erklärt auch, wie und warum die Männer, die, solange sie der Masse angehörten, überzeugteste Demokraten, leidenschaftliche Revolutionäre waren, äußerst gemäßigte Konservative werden, sowie sie an die Macht gelangt sind. Man betrachtet ihren Gesinnungswandel gewöhnlich als Verrat. Das ist ein Irrtum. Der Hauptgrund ist der Wechsel der Perspektive und der Stellung. Und vergessen wir nie, daß die Stellungen und die Notwendigkeiten, die sich daraus ergeben, stets stärker sind als der Haß oder der schlechte Wille der Individuen. Ich bin von dieser Wahrheit so sehr durchdrungen, daß ich nicht davor zurückschreke, die folgende Überzeugung zum Ausdruck zu bringen: Sollten morgen eine ausschließlich von Arbeitern zusammengesetzte Regierung und ein ausschließlich aus Arbeitern zusammengesetztes Parlament eingesetzt werden, so würden diese Arbeiter, die heute standhafte Sozialdemokraten sind, übermorgen zu entschlossenen Aristokraten, kühnen oder schüchternen Vertretern des Autoritätsprinzips, Unterdrückern und Ausbeutern.“

Michail Bakunin: Die Berner Bären und der Bär von St. Petersburg, Zürich 1970, S. 28-29.

„Sobald die Arbeiterabgeordneten einmal in bürgerliche Existenzbedingungen und in eine Atmosphäre vollkommen bürgerlicher politischer Ideen versetzt sind, werden sie faktisch aufhören Arbeiter zu sein und statt dessen zu Staatsmännern werden, zu Bourgeois, die vielleicht bürgerlicher sind als die Bourgeois selbst. Denn die Menschen verändern nicht die Stellungen, sondern im Gegenteil: die Stellungen verändern die Menschen“

Bakunin zitiert nach Wolfgang Eckhardt: Staat ist Herrschaft durch Zwang. Bakunins Staatskritik, in: Peter Seyferth: Den Staat zerschlagen! Anarchistische Staatsverständnisse, Baden-Baden, 2015, S. 135.

Staat und Nationalismus

„Nationalismus ist ein unvermeidlicher Bestandteil der Logik der Macht. Die Idee, dass der Staat der Sitz der Macht ist, erfordert den bestimmten Staat vom globalen Kontext zu abstrahieren. Unabhängig davon, wie sehr die revolutionäre Inspiration von der Vorstellung der Weltrevolution geleitet wird, bringt die Konzentration auf einen bestimmten Staat zwangsläufig die Notwendigkeit mit sich, dem Teil der Welt, den dieser Staat umfasst, höhere Priorität einzuräumen. Selbst den internationalistischen Revolutionen ist es selten gelungen, auf die nationalistische Bevorzugung „ihres“ Staates über andere Staaten oder gar die offene Manipulation nationaler Gefühle zur Verteidigung der Revolution zu verzichten. Die Vorstellung eines gesellschaftlichen Wandels, der

auf dem Staat basiert, geht von der Idee aus, dass der Staat souverän ist, oder es sein sollte. Um die Gesellschaft durch den Staat zu verändern, ist dessen Souveränität unbedingt erforderlich, so dass der Kampf um gesellschaftliche Veränderung zum Kampf um die Staatssouveränität wird. Der Kampf gegen das Kapital wird so zum antiimperialistischen Kampf gegen ausländische Herrschaft, in dem Nationalismus und Anti-Kapitalismus miteinander verschmelzen. Selbstbestimmung und Staatssouveränität werden durcheinandergebracht, obgleich tatsächlich die Existenz des Staates selbst, als Form gesellschaftlicher Verhältnisse, der absolute Gegensatz zur Selbstbestimmung ist.”
John Holloway: Die Welt verändern, ohne die Macht zu ergreifen, Münster 2002, S. 26-27.

“Hierarchie der Kämpfe”

“... das Ziel, die Macht zu erobern, setzt die Instrumentalisierung des Kampfes voraus. Der Kampf hat ein Ziel: die politische Macht zu erobern. Der Kampf ist ein Mittel das Ziel zu erreichen. Die Elemente des Kampfes, die dazu nichts beitragen, werden entweder für nachrangig erklärt oder gar ganz unterdrückt: Eine Hierarchie des Kampfes wird hergestellt. Die Instrumentalisierung/Hierarchisierung des Kampfes ist gleichzeitig seine Verarmung. So viele Kämpfe, so viele Formen unserer Ablehnung des Kapitalismus auszudrücken, so viele Weisen für unseren Traum einer anderen Gesellschaft zu kämpfen, werden einfach herausgefiltert, bleiben einfach unberücksichtigt, wenn die Welt durch das Prisma der Eroberung der Macht betrachtet wird. Wir lernen, sie zu unterdrücken und dadurch uns selbst zu unterdrücken. Wir lernen, dass wir diejenigen Aktivitäten ganz oben auf der Hierarchie anordnen müssen, die dazu beitragen, “die Revolution vorzubereiten”, ganz unten kommen so belanglose persönliche Dinge wie Gefühlsbeziehungen, Sinnlichkeit, spielen, lachen, lieben. Klassenkampf wird puritanisch: Frivolität muss unterdrückt werden, denn sie trägt nichts zum Ziel bei. Die Hierarchisierung des Kampfes ist eine Hierarchisierung unseres Lebens, die folglich auch uns selbst hierarchisiert. Die Partei ist die Organisationsform, die diese Hierarchisierung am deutlichsten zum Ausdruck bringt. Die Form der Partei, ob avantgardistisch oder parlamentarisch, setzt eine Orientierung auf den Staat voraus und macht ohne ihn nur wenig Sinn. Tatsächlich stellt die Partei die Form dar, mittels derer der Klassenkampf diszipliniert wird, mit der die Myriade von Formen des Klassenkampfes dem überragenden Ziel des Erlangens der Staatsgewalt untergeordnet wird. Die Fixierung einer Hierarchie der Kämpfe findet gewöhnlich in der Form des Parteiprogramms Ausdruck.”
John Holloway: Die Welt verändern, ohne die Macht zu ergreifen, Münster 2002, S. 27-28.

Staat als Prozess der Staatswerdung

“Der Staat ist nicht einfach nur da, sondern ein fortwährender Prozess der Staatswerdung.” (...)
Formbestimmung ist also nie total: sie ist immer Kampf.”
John Holloway: Kapitalismus aufbrechen, Münster 2010, S. 168.

“Der Kapitalismus besteht heute nicht, weil wir ihn vor zweihundert oder einhundert Jahren geschaffen haben, sondern weil wir ihn heute geschaffen haben. Wenn wir ihn morgen nicht wieder schaffen, wird es ihn nicht geben.”
John Holloway: Kapitalismus aufbrechen, Münster 2010, S. 230.

“Das ist Revolution: aufhören, den Kapitalismus zu machen, und stattdessen etwas anderes zu machen. Der Kampf ist kein Kampf ums Überleben (das ist der ureigenste Kampf der abstrakten Arbeit) sondern ums Leben.”
John Holloway: Kapitalismus aufbrechen, Münster 2010, S. 236.

Parallele zu anarchistischer Position vom Staat als freiwilliger Knechtschaft:

„Einen Tisch kann man umwerfen und eine Fensterscheibe zertrümmern; aber die sind eitle Wortmacher und gläubige Wortanbeter, die den Staat für ein Ding oder einen Fetisch halten, den man zertrümmern kann, um ihn zu zerstören. Staat ist ein Verhältnis, ist eine Beziehung zwischen den Menschen, ist eine Art, wie die Menschen sich zueinander verhalten; und man zerstört ihn, indem man andere Beziehungen eingeht, indem man sich anders zueinander verhält. Der absolute Monarch konnte sagen: Ich bin der Staat. Wir, die wir den absoluten Staat uns selbst gefangen gesetzt haben, wir müssen die Wahrheit erkennen: Wir sind der Staat – und sind es solange, als wir nichts anderes sind, als wir die Institutionen nicht geschaffen haben, die eine wirkliche Gemeinschaft und Gesellschaft der Menschen sind.”

Gustav Landauer, zitiert nach Siegbert Wolf: „Wo Geist ist, ist Staat“ - Gustav Landauers Lust zum Ohnstaat als Brücke zwischen klassischem und postmodernem Anarchismus, in: Peter Seyferth: Den Staat zerschlagen! Anarchistische Staatsverständnisse, Baden-Baden, 2015, S. 193.

Direkte Aktion und Aneignung statt Appelle und Forderungen an den Staat

„Wir schaffen die noch nicht existierende Welt, indem wir sie leben. Wir bestehen auf unserer Welt uns setzen sie durch. Die Biogärtner dieser Welt warten nicht auf die Revolution, um eine weniger aggressive Beziehung zu den Pflanzen herzustellen: sie tun es jetzt. Die Bewegung für ein kostenloses Verkehrsnetz in Oslo schlägt nicht der Regierung vor, die Fahrpreise zu ermäßigen, sondern organisiert, dass die Leute einfach nicht zahlen. Die kritische Lehrerin wartet nicht auf einen neuen Lehrplan, um einen anderen Begriff des Lehrens und Lernens einzuführen: sie tut es einfach. Hausbesetzer warten nicht auf die Abschaffung des Privateigentums und der Mieten, um in leerstehenden Häusern zu leben: sie tun es einfach. Viele, viele Migranten warten nicht auf die Abschaffung der Grenzkontrollen bevor sie sich von einem Land in ein anderes begeben: sie gehen einfach los. Dieser Begriff ist einer Politik der Forderungen entgegengesetzt. Eine Forderung ist an jemanden gerichtet, und bittet jemanden, etwas in unserem Namen oder für uns in der Zukunft zu tun, wohingegen eine Politik-des-jetzt-die-Welt-Lebens-die-wir-schaffen-wollen (oder des jetzt die Welt, die wir wollen, Schaffens, indem wir sie leben) keine Forderungen kennt. Wir fragen niemanden um Erlaubnis und warten nicht auf die Zukunft, sondern wir brechen einfach die Zeit auf und setzen eine andere Art des Handelns durch, eine andere Form gesellschaftlicher Beziehungen. Staat und Partei hören auf, Mittelglieder zu sein, die uns von dem trennen, was wir erreichen wollen: wir übernehmen einfach selbst die Verantwortung und legen los.“

John Holloway: Kapitalismus aufbrechen, Münster 2010, S. 242-243.

Parallele zu anarchistischer Position vom Bruch mit dem Bestehenden durch die Schaffung von alternativen Lebensformen

„Austritt aus dem Staat, aus allen Zwangsgemeinschaften; radikaler Bruch mit den Überlieferungen des Privateigentums, der Besitzehe, der Familienautorität, des Fachmenschentums, der nationalen Absonderung und Überhebung. [...] Fort vom Staat, soweit er uns gehen lässt oder soweit wir mit ihm fertig werden, fort von der Waren- und Handelsgesellschaft [...] Schaffen wir, wir Wenigen [...] eine kleine Gemeinschaft in Freude und Tätigkeit, schaffen wir uns um als vorbildlich lebende Menschen.“

Gustav Landauer, zitiert nach Siegbert Wolf, S. 196.

Entstaatlichung durch Gründung anarchistischer Siedlungen auf dem Land

„Die Gemeinden werden sich in ihrer Gemarkung umsehen, und die Ältesten werden begehrlisch und mahnend von alten Zeiten erzählen; die Stadtproletarier werden ihr Blut wieder in sich rauschen fühlen und werden spüren, daß es Bauernblut ist, und viele, viele werden wieder mit Sack und Pack in die Dörfer und kleinen Städte ziehen, und dort in den Dorffabriken, den Werkstätten und zugleich in den Feldern und den Gärten arbeiten. Die Bauern brauchen Menschen, Geist, Bildung, Regsamkeit, Freiheit; und die heute entwurzelten und haltlosen Proletarier brauchen Land, Charakter, Verantwortlichkeit, Natur und Liebe zur Arbeit und Freiheit. Und auch die Menschen der geistigen Arbeit werden kommen, die Künstler, die Gelehrten, die Stubenhocker, die Tagelöhner und Prostituierten des Geistes. Sie werden wieder solche werden, die ihre Feierstunden und ihren Aufschwung und ihre Einsamkeit für sich haben, die aber in den vielen langen Stunden des Alltags ihr Wissen, ihre Technik, ihre Arbeit mit ihren Menschenbrüdern in der Gemeinde vereinigen werden.“

Gustav Landauer: Entstaatlichung. Für eine herrschaftslose Gesellschaft, Wetzlar 1978, S. 49.

4.) Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat

„Die Lehre von der Gemeinschaft ist der Angelpunkt im gesamten nationalsozialistischen Rechtssystem. Die Lehre von der Gemeinschaft umschließt den Dualismus von Normenstaat und Maßnahmenstaat.“

Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat, Hamburg 2001, S. 194.

Maßnahmenstaat

„Der politische Sektor des Dritten Reiches bildet ein rechtliches Vakuum. (...) In diesem Sektor fehlen die Normen und herrschen die Maßnahmen. Daher der Ausdruck Maßnahmenstaat.“

Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat, Hamburg 2001, S. 55.

Definition von Maßnahme nach Schmitt

„Gerichte, die ihre eigenen Entscheidungen nur unter Vorbehalt respektieren, sind keine Organe der Rechtsprechung und ihre Urteile sind keine echten Entscheidungen, sondern Maßnahmen. Dieser Unterschied wurde schon 1924 von Carl Schmitt sehr klar herausgestellt, als er ausführte: „Das richterliche Urteil soll eben gerecht, von der Rechtsidee beherrscht sein. Die Eigenart der Maßnahme aber besteht in ihrer Zweckabhängigkeit von der konkreten Sachlage.“

Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat, Hamburg 2001, S. 107.

„Politisch ist, was die politischen Instanzen für politisch erklären. Die Einstufung einer Handlung als politisch oder unpolitisch entscheidet darüber, ob sie nach Rechtsnormen oder nach Willkür der politischen Behörden beurteilt wird.“

Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat, Hamburg 2001, S. 98.

„Die Verfassung des Dritten Reiches ist der Belagerungszustand. Seine Verfassungsurkunde ist die Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933. (...) Seit dem 28. Februar 1933 herrscht in Deutschland der Belagerungszustand. An sich brauchen Belagerungszustand und Rechtsstaat einander nicht zu widersprechen.“

Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat, Hamburg 2001, S. 55, S. 62.

Verhältnis von Normenstaat und Maßnahmenstaat

„Normenstaat und Maßnahmenstaat sind keine komplementären Gewalten, sondern konkurrierende Herrschaftssysteme.“ (101)

Schutz der Gemeinschaft durch den Staat

„Der Staat ist ein Mittel zum Zweck. Sein Zweck liegt in der Erhaltung und Förderung einer Gemeinschaft physisch und seelisch gleichartiger Lebewesen (...) Staaten, die nicht diesem Zweck dienen, sind Fehlerscheinungen, ja Missgeburten.“

Adolf Hitler: Mein Kampf, zitiert nach Ernst Fraenkel: Doppelstaat, S. 188-189.

„Recht ist das, was arische Männer für recht befinden.“

Alfred Rosenberg, zitiert nach Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat, S. 161.

„Recht ist, was dem deutschen Volke nutzt.“

Hans Frank, zitiert nach Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat, S. 201.

Exkurs zum faschistischen Staatsverständnis von Carl Schmitt

„Im nationalsozialistischen Denken ist „der Feind“ konstitutiv für die Vorstellung von Politik.“

Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat, S. 251.

Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen

„Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind.“

Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen, S. 26.

Konkretes Ordnungsdenken bei Schmitt

„Das neue Staats- und Verwaltungsrecht hat den Führergrundsatz durchgesetzt und mit ihm Begriffe wie Treue, Gefolgschaft, Disziplin und Ehre, die nur aus einer konkreten Ordnung und Gemeinschaft heraus verstanden werden können. In drei Ordnungsreihen – Staat, Bewegung, Volk – bildet sich die politische Einheit.“

Carl Schmitt: Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens, Hamburg 1934, S. 63.

Befürwortung der Nürnberger Gesetze durch Schmitt

„Sie sind die Verfassung der Freiheit, der Kern unseres heutigen deutschen Rechts.“ Die drei einzelnen Gesetze seien nicht bloß „wichtige Gesetze neben anderen“, sondern von ihnen aus bestimme sich nun, „was für uns Sittlichkeit und öffentliche Ordnung, Anstand und gute Sitten genannt werden“ könne. Gegen die „Feinde und Parasiten Deutschlands“, gegen die „typischen Tagungsformen der Fremdherrschaft“, den „Dämon der Entartung“ und die „geistige Fremdherrschaft“ würden nun erstmals seit vielen Jahrhunderten die Begriffe der Verfassung „wieder deutsch“. Das deutsche Volk sei nun, nachdem die Gesetze vom 15. September „deutsches Blut und deutsche Ehre“ zu Hauptbegriffen des Rechts gemacht hätten, auch im Rechtssinne wieder „deutsches Volk“.

Raphael Gross: Carl Schmitt und die Juden, S. 117-118. Die Zitate im Zitat sind von Schmitt.

Nationalsozialistische Kritik des humanistischen Naturrechts

„Indem der Nationalsozialismus den Glauben an die Gültigkeit jeglicher allumfassenden Gerechtigkeitsidee ablehnt, setzt er ein national beschränktes Zweckmäßigkeitsdenken an die Stelle humanistischer Naturrechtswerte.“

Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat, Hamburg 2001, S. 173

Gemeinschaft alleinige Quelle des Rechts

„Der Vorstellung, dass die Gemeinschaft alleinige Quelle des Rechts sei, entspricht die Lehre, dass es außerhalb der Gemeinschaft kein Recht geben könne (...) Der nationalsozialistischen Lehre gelten außerhalb der Gemeinschaft allein die Gebote der Politik. Wer außerhalb der Gemeinschaft steht, ist der wirkliche oder potentielle Feind.“

Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat, Hamburg 2001, S. 193.

„Eine als „Wert an sich“ hypostasierte Volksgemeinschaft setzt die Existenz eines Feindes als Dauererscheinung voraus. Nach dem nationalsozialistischen Katechismus ist es relativ unerheblich, wer dieser Feind ist; ist es doch sogar nicht ausschlaggebend, ob dieser Feind in der Realität vorhanden oder ein Produkt der propagandistisch aufgeputschten Massenhysterie ist. Maßgeblich ist allein, ob der Feind-Komplex ausreichend lebendig erhalten wird, um den Gedanken an die Errichtung einer an rationalen Wertevorstellungen ausgerichteten Gesellschaftsordnung gar nicht aufkommen zu lassen. Im nationalsozialistischen Wertkodex ersetzt der ständige Feind die fehlende rationale Zielsetzung. (...) An dieser Stelle vermögen wir auch die Bedeutung des Judenproblems für die nationalsozialistische Politik zu erkennen. Die Bedrohung durch die rassische Gefahr, die die Juden der nationalsozialistischen Theorie zufolge darstellen, soll integrierend wirken. Nach nationalsozialistischer Überzeugung „wühlt“ der Jude ununterbrochen in Deutschland, um schließlich die Weltherrschaft zu erlangen. Deshalb befindet sich Deutschland in einem Dauernotstand, dessen es nur durch den Aufbau der Volksgemeinschaft Herr werden kann. Die nationalsozialistische Propaganda ist bestrebt, den Juden als Schreckgespenst hinzustellen. Jede Beeinträchtigung der Freiheit und des Wohlbefindens kann mit der Abwehr dieses Schreckgespenstes begründet werden. Die Volksgemeinschaft nimmt die höchste Stelle im nationalsozialistischen Wertsystem ein. Alles was dieser Gemeinschaft abträglich sein könnte, wird als desintegrierender Faktor betrachtet. (...) Trug der Glaube an die Gefahr von außen zur Begründung der Volksgemeinschaft bei, so erfordert ihre Erhaltung die Entdeckung bzw. künstliche Schaffung äußerer Gefahren. Der Mythos vom Dauernotstand wäre ungläubhaft, wenn nicht auf eine feindliche Armee in ständiger Bereitschaft hingewiesen werden könnte. Wenn daher kein realer Feind existiert, muss einer erfunden werden. Ohne Feinde keine Gefahr, ohne Gefahr kein Gemeinschaftsbewusstsein und ohne Gemeinschaftsbewusstsein keine Volksgemeinschaft. Gäbe es keine Volksgemeinschaft, könnte man Gemeinschaften, die sich auf religiöse, soziale oder politische Werte gründen, nicht unterdrücken.“

Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat, Hamburg 2001, S. 249-251.

Entrechtung jüdischer Bevölkerung

„Da der Rechtsschutz des Normenstaates nur den „aufbauenden Kräften des deutschen Volkes“ (Best) vorbehalten ist, und da die Juden nicht zum deutschen Volk gezählt, sondern als Feinde angesehen werden, gehört die Regelung aller Fragen, die Juden betreffen, in den Zuständigkeitsbereich des Maßnahmenstaates. War dies zuerst nur theoretisches Prinzip des Nationalsozialismus, so ist es jetzt gängige Praxis im Dritten Reich. Die völlige Unterwerfung der Juden unter die

Herrschaft des Maßnahmenstaates wurde in dem Augenblick vollzogen, in dem die Ausmerzung der Juden aus dem Wirtschaftsleben beschlossen wurde. (...) Vom Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft an wurde jegliches Bestreben, ein Minimum von Rechtssicherheit zu gewähren, vom radikalen Flügel der Partei auf das schärfste bekämpft.“

Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat, Hamburg 2001, S. 141-142.

Kapitalistische Kontinuität im Nationalsozialismus

„Wenn man das Wirtschaftssystem im heutigen Deutschland als regulierten Kapitalismus auf der Basis des Privateigentums bezeichnen kann (...), kann man nicht von einem totalen Staat im weiteren Sinne des Wortes sprechen. In dem Maße, wie das Dritte Reich private Unternehmerinitiative zulässt, beschränkt es die Reichweite des Maßnahmenstaates.“

Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat, Hamburg 2001, S. 117-118.

„Da nach nationalsozialistischer Auffassung in der Wirtschaft grundsätzlich die freie Unternehmensinitiative herrschen soll, ist es nicht verwunderlich, daß Fragen der Wirtschaftspolitik als dem Aufgabenkreis des Normenstaates zugehörend angesehen werden – nicht kraft rechtens, sondern kraft Nationalsozialismus. (...) Obwohl der Maßnahmenstaat den Apparat besitzt und über die Handhabe verfügt, in den Wirtschaftsprozess einzugreifen, wann und wo es ihm beliebt, sind die rechtlichen Fundamente der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erhalten geblieben.“

Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat, Hamburg 2001, S. 125.

„Wenn auch private Eigentumsrechte in gewisser Hinsicht eingeschränkt worden sind, so bestehen sie doch weiter, und mit ihnen besteht die Differenzierung der deutschen Gesellschaft in Klassen fort, in solche, die Eigentum besitzen und solche, die keins besitzen.“

Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat, Hamburg 2001, S. 225.

„Der heutige deutsche Kapitalismus bedarf des Staates in zweierlei Hinsicht: a) gegen seine inneren Feinde zur Erhaltung seiner Existenz und b) in der Rolle des Garanten einer Rechtsordnung, die die Voraussetzung genauer Kalkulation ist, ohne die ein kapitalistisches Unternehmen nicht existieren kann. Der deutsche Kapitalismus benötigt für seine Rettung keinen einheitlichen Staat, sondern einen Doppelstaat, mit Willkür in der politischen und ratio in der ökonomischen Sphäre.“

Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat, Hamburg 2001, S.256.